

Falkensteiner Kapelle: 30.000 Euro Zuschuss unter Auflagen

Martin Himmelheber (him)

14. Januar 2023



Schramberg. Mit der Mehrheit von CDU, Freier Liste und „Aktiven Bürgern“ hat der Verwaltungsausschuss des Gemeinderats einen Zuschuss von 30.000 Euro zur Sanierung der Falkensteiner Kapelle zugestimmt. Ein entsprechender Sperrvermerk soll allerdings erst aufgehoben werden, wenn die Stadt mit der Eigentümerfamilie von Bissingen eine Zusatzvereinbarung getroffen hat.

Darin soll festgelegt werden, dass die Kapelle mit der berühmten Beweinung Christi für die Öffentlichkeit zugänglich bleiben muss.

„Herausragende Bedeutung“

Der für den Denkmalschutz in Schramberg zuständige Ludwig Hartmann hatte zunächst ausgeführt, die Kapelle sei ein „Denkmal mit herausragendem öffentlichem Interesse“. Grundsätzlich seien die Eigentümer verpflichtet, ihre Denkmäler zu erhalten.

Schon 1999 habe die Stadt Schramberg die gräfliche Familie mit 15.000 Mark bei einer Sanierung unterstützt. Damals sei vereinbart worden, dass die Beweinung in der Kapelle verbleibt und die Öffentlichkeit ein Zugangsrecht erhält.



Starke Schäden an der Fassade und am Turm. Foto: him

Sanierung kostet 200.000 Euro

Seit 20 Jahren seien die Fassade und der Turm in einem schlechten Zustand, so Hartmann. Leonie von Bissingen habe für die Sanierung im vergangenen Sommer einen Zuschussantrag in Höhe von 30.000 Euro gestellt. Im August habe sie die denkmalschutzrechtliche Genehmigung für eine Sanierung erhalten. Die Kosten beliefen sich auf geschätzte 200.000 Euro.

Unter dem Dach des Museums- und Geschichtsvereins hat sich ein Förderkreis gebildet, der 30.000 Euro zu den Sanierungskosten über Spenden zusammen bekommen möchte. Hartmann erläuterte, die Stadtverwaltung wolle die ursprüngliche Beschlussempfehlung ergänzen, nämlich dass der Zuschuss nur gewährt werde, wenn es eine vertragliche Vereinbarung zum Verbleib der Beweinung und zur öffentlichen Zugänglichkeit gebe.

Oberbürgermeisterin Dorothee Eisenlohr fügte hinzu, der Rat werde den Sperrvermerk erst aufheben, wenn die vertragliche Vereinbarung vorliege.

Erhaltenswerte Kleinod...

In der Diskussion nannte CDU-Sprecher Thomas Brantner den Beschlussvorschlag „eine runde Sache“. Die Kapelle sei „ein Kleinod, das erhalten werden muss“. Die Gründung des Förderkreises sei lobenswert. Die Sanierung dürfe nicht an der Stadt scheitern. Allerdings sei die Zusatzvereinbarung wichtig.

...aber Eigentum verpflichtet.

Anders sah es die Sprecherin von SPD-Buntspecht Tanja Witkowski. Sie erinnerte an den Grundsatz „Eigentum verpflichtet.“ Ihre Fraktion begrüße selbstverständlich die Sanierung der Kapelle aus dem 13. Jahrhundert. Es sei auch legitim, dass die Familie von Bissingen „das Landesdenkmalamt als Partner dazu geholt hat“. Auch das Engagement des Förderkreises sei lobenswert.



Soll in der Kapelle bleiben: „Beweinung Christi“. Foto: him

Beim städtischen Zuschuss müsse man aber überlegen, ob dieser unbedingt notwendig sei. Schließlich sei die Kapelle im Privatbesitz und für die Familie „von größter Bedeutung“. Deshalb müsste nicht die öffentliche Hand, sondern die Eigentümerfamilie den Löwenanteil der Sanierungskosten tragen.

Witkowski fragte zudem nach der Bedeutung und Nutzung der Kapelle, falls der privat geplante Friedwald komme. Sie wollte wissen, wie hoch der Zuschuss des Landesdenkmalamts sei und ob die Stadt schon in anderen Fällen die Sanierung privater Denkmäler gefördert habe. Witkowski hatte die Sorge, die Stadt könne so einen Präzedenzfall schaffen.

Landesdenkmalamt gibt maximal 82.000 Euro

Denkmalfachmann Hartmann antwortete, von den 200.000 Euro seien nicht alle Ausgaben förderfähig, sondern nur 164.000 Euro. Maximal 82.000 Euro seien vom Landesdenkmalamt zu erwarten. Dass auch die „Deutsche Stiftung Denkmalschutz“ etwas beisteure, sei eher unwahrscheinlich. Die Falkensteiner Kapelle sei bisher das einzige Objekt, bei dem die Stadt einen Zuschuss gewährt habe.

Rechnet man nun alle Summen zusammen; je 30.000 Euro von der Stadt und vom Förderkreis sowie etwa

80.000 Euro vom Landesdenkmalamt blieben 60.000 Euro für die Familie Bissingen.

Für Stadtrat Dominik Dieterle (CDU) hat die Kapelle einen „hohen Stellenwert nicht nur für die Familie sondern auch für die Stadt Schramberg“. Sie sei ein „Alleinstellungsmerkmal. Sein Fraktionskollege Jürgen Winter wollte „das Kulturgut in den Vordergrund stellen“. Man müsse alles daran setzen, dass die Sanierung nun klappt. „Seit 24 Jahren beobachte ich ein Mikadospiele der Beteiligten. Jeder hat Angst sich als erster zu bewegen.“

Quid pro Quo

Udo Neudeck (Freie Liste) fand, der Grundsatz quid pro quo müsse eingehalten werden, wir geben etwas und bekommen etwas dafür. Ohne die Zusatzvereinbarung wäre eine Zustimmung schwierig. Neudeck wies darauf hin, dass die Stadt im Verhältnis zur Familie Bissingen „noch andere Baustellen“ habe. Man dürfe die Türe nicht zuschlagen, sondern sollte zeigen: „Wir sind ein verlässlicher Partner.“ Der Zuschuss sei auch ein Signal an den Förderverein, die Stadt stehe sich nicht aus der Verantwortung.



Die Stadt zahlt jährlich 7500 Euro für den Unterhalt der Kapelle. Foto: him

Vor der Abstimmung wies Oberbürgermeisterin Dorothee Eisenlohr noch darauf hin, dass die Stadt seit der Sanierung 1999 alljährlich etwa 7500 Euro für die Kapelle zahle. „Wir stehen also seit 23 Jahren sehr stark an der Seite der Eigentümer.“

NRWZ.de - Neue Rottweiler Zeitung.

Auf Nachfrage der NRWZ bestätigte Ludwig Hartmann, dass für den Schließ- und Reinigungsdienst jährlich etwa 4000 Euro anfallen. Etwa 1000 Euro koste die Versicherung, der Rest werde für Energie, Blumenschmuck und Reparaturen gebraucht.

Neben Tanja Witkowski und Gertrud Nöhre (SPD-Buntspecht) stimmte auch ÖDP-Vertreter Volker Liebermann gegen den Zuschuss.